

***(19)
Zentrale fordert zum Kampf gegen
Grabräuber auf**

Das Büro des Zentralkomitees und das Büro des Staatsrats haben in einem Rundschreiben sämtliche Verwaltungsebenen, das Militär aller Ebenen und die Volkskongresse aller Ebenen zum entschlossenen Kampf gegen Grabräuber aufgerufen. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, daß die Grabräuberei in letzter Zeit dramatisch zugenommen habe. Ständig und in großem Ausmaß würden Gräber und andere historische Stätten beraubt. Dabei würden erhebliche Verwüstungen angerichtet. In manchen Gegenden sei mittlerweile kein Grab mehr unbeschädigt. Noch nie seit 1949 habe die Grabräuberei solche Ausmaße angenommen, und selbst in historischem Maßstab sei Ähnliches selten zu beklagen gewesen. Falls diese Verbrechen nicht umgehend gestoppt würden, entstünde am historischen Erbe nicht wiedergutzumachender Schaden.

Im einzelnen werden folgende fünf Punkte hervorgehoben: 1. Es müsse die Schädlichkeit der Grabräuberei erkannt und der Schutz des nationalen Erbes als dringende Aufgabe angesehen werden. 2. Es seien entschlossene Maßnahmen zu treffen, um rasch und mit der Schwere des Gesetzes gegen die Verbrecher vorzugehen. 3. Auf den verschiedenen Ebenen sei der Denkmalschutz zu verstärken und die Mithilfe der Massen zu erwirken. 4. Gesetze und Politik des Denkmalschutzes seien allgemein und gründlich bekanntzumachen; bei den breiten Massen seien die Kenntnisse um den Denkmalschutz zu vermehren. 5. Einheiten und Einzelpersonen, die sich um den Schutz nationaler Denkmäler verdient gemacht haben, seien zu belohnen und auszuzeichnen.

Die Begründungen zu diesen Punkten werfen zum Teil ein Licht auf die Hintergründe der Grabräuberei. So wird beklagt, daß es bei den leitenden Genossen mancherorts an Bewußtsein für den Denkmalschutz fehle. Eine Minderheit lege gegenüber den Vergehen sogar eine falsche Nachsicht an den Tag oder meine gar, Grabräuberei sei für die Massen eine mögliche Art, zu Wohlstand zu kommen. Zum Teil würden gefaßte Räuber viel zu milde bestraft und kämen mit Geld statt mit Gefängnisstrafen davon. Demnach darf

man wohl vermuten, daß in manchen Gegenden auch die Stellen von der Grabräuberei profitieren, die eigentlich für den Denkmalschutz zuständig sind. Erschwerend kommt hinzu, daß die Grabräuber - wie der Text erläutert - wiederum mit Hehlern und Schmugglern unter einer Decke stekken und mittlerweile regelrechte kriminelle Organisationen gebildet haben. Auch wird dazu aufgefordert, gegen den privaten Antiquitätenhandel vorzugehen, bei dem das geraubte Gut schließlich landet. In Schwerpunktgebieten sollen zur Bekämpfung der Grabräuberei und der damit verbundenen organisierten Kriminalität Sonderkommissionen eingerichtet werden. Um die historischen Stätten zu schützen, seien auf Kreis-, Gemeinde- und Dorfebene ferner einfache Bürger zu verpflichten, denen der Denkmalschutz am Herzen liegt. Deren Arbeit sei angemessen zu entlohnen. (RMRB, 5.11.1991)

Das juristische Rüstzeug gegen diese Verbrechenswelle war bereits im Juni verschärft worden. Damals hatte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses "Ergänzende Bestimmungen zur Bestrafung bei Raub von Kulturgütern und bei Grabraub" erlassen. Die beklagten Verbrechen waren auch der Hauptgrund für den jüngst ergangenen Beschluß des Staatlichen Büros für Museen und archäologisches Material, wonach alle Antiquitätenhandlungen des Landes Inventarlisten ihrer Waren erstellen müssen, eine umfangreiche Aufgabe, deren Abschluß erst in zwei bis drei Jahren erwartet wird (XNA, 19.11.1991).

Aus der Provinz Shanxi wurden Zahlen über das Ausmaß der Grabräuberei genannt. Seit 1988 wurden dort 463 alte Gräber beschädigt oder zerstört; 48 Räuberbanden konnten gefaßt und 1.486 antike Gegenstände sichergestellt werden. (XNA, 8.11.1991) -hws-

Außenwirtschaft

***(20)
Deutsch-chinesische Wirtschaftsge-
spräche in Beijing**

Anfang November fand in Beijing die 7. Sitzung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses statt. Die deutsche Delegation wurde von Bun-

deswirtschaftsminister Jürgen Möllemann geleitet, der eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder in Bereichen wie Energieeinsparung und Umweltschutz anbot. Allerdings würde der Umfang der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit auch von den Gesamtbeziehungen Chinas zum Westen und ebenso von der Frage der Menschenrechte abhängen. Unter Berücksichtigung der hohen deutschen Defizite im Handel mit China hob Möllemann weiter die Notwendigkeit einer Steigerung der deutschen Exporte hervor.

Im Hinblick auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung Chinas plädierte der Bundeswirtschaftsminister für die Ausweitung der marktwirtschaftlichen Elemente im städtischen Industriesektor. Im außenwirtschaftlichen Bereich müßte China den Handel weiter liberalisieren und den Außenhandelsgesellschaften direkten Zugang zum Markt ermöglichen, um auch die Bedingungen für die Aufnahme in das GATT zu erfüllen. (HB, 5.11.91)

Der chinesische Außenhandelsminister Li Lanqing kündigte eine Lockerung der restriktiven Einfuhrpolitik sowie den erneuten Besuch einer Einkaufsdelegation im kommenden Jahr an. Weiterhin wurde den deutschen Gästen eine Projektliste mit Schwerpunkten in der Landwirtschaft, im Verkehrs- und Energiewesen sowie in der Stahlerzeugung und Chemieindustrie mit der Bitte um entsprechende Angebote überreicht. (HB, 6.11.u.8./9.11.91)

Insgesamt wurde die Wiederaufnahme der offiziellen Wirtschaftsgespräche im Rahmen des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses von beiden Delegationen als Anfang für eine Normalisierung der Beziehungen bewertet. Dies sei nach Aussagen von Otto Wolff von Amerongen, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung Chinas in der dynamischen asiatischen Wirtschaftsregion erforderlich. Wolff zufolge ist der Rückgang der deutschen Exporte nicht als Diskriminierung bundesrepublikanischer Produkte zu bewerten, sondern erfolgte im Rahmen eines allgemeinen chinesischen Importstopps für ausländische Produkte, um Devisen einzusparen. Außerdem hätte das Fehlen einer Absicherung durch Hermes-Bürgschaften einen negativen Einfluß aus-

geübt, und letztlich hätten die ausländischen Mitbewerber ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern können. (HB, 6.11.91)

Zu der zeitlich parallel zu den Wirtschaftsgesprächen bekannt gewordenen Auftragsvergabe Chinas über den Bau von Containerschiffen an ost- und westdeutsche Werften scheinen sich hinsichtlich der Finanzierung durch zinsgünstige Kredite noch gewisse Probleme zu ergeben. Hierbei geht es insbesondere um die Frage der entwicklungspolitischen Förderungswürdigkeit, aber auch ob die Zinssubventionierung für den Bau der Containerschiffe von der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der EG-Richtlinien für Schiffsbau-Exportbeihilfen zulässig sind. (HB, 8./9.11.91; BfA, 15.11.91) -schü-

*(21)

Engere Wirtschaftsbeziehungen mit Italien

Der engeren wirtschaftlichen Kooperation zwischen Italien und der VR China dient ein im November abgeschlossenes bilaterales Wirtschaftsabkommen, das den Zeitraum 1992-94 abdeckt.

Das Dreijahresabkommen umfaßt eine Kreditzusage Italiens von 100 Mio. US\$ jährlich, von denen 20% als Entwicklungskredite, 40% als Exportkredite und weitere 40% für die Lieferung technischer Ausrüstungen vorgesehen sind.

Die italienische Seite hofft auf eine Verbesserung ihrer Handelsposition, die in den letzten Jahren durch ein hohes Defizit gekennzeichnet war. Der Abschluß über eine Reihe von Großprojekten wird hierbei wesentlich beitragen. So erhielt das Unternehmen *Tecnologie Progetti Lavori SpA (TPL)* aus Rom den Auftrag über den Bau einer Polypropylenanlage in der Provinz Guangdong mit einem Auftragswert von 156 Mio. US\$. Die TPL ist außerdem in weiteren Projekten in China engagiert, und zwar mit einer Polypropylenanlage in Luoyang (Provinz Henan), einer Ethylenanlage in Tongxian und einer Polyäthylenanlage in der Provinz Xinjiang. Über weitere Aufträge mit einem Wert von rund 700 Mio. US\$ wird derzeit noch beraten.

Italienische Unternehmen haben auch ihre Aktivitäten im Joint Venture-Bereich wieder verstärkt. So bildete der Strickwarenkonzern *Stefanel* ein Kooperationsunternehmen und plant die Eröffnung von 20 Geschäften im Jahre 1993 in China. Auch das Engagement der Baufirma *Girola* am Autobahnausbau und der *Technimont* an einem Polypropylenwerk, aber auch die Beteiligung des Chemiefaserkonzerns *Snia BPD (Fiat)* an der Faserherstellung ist erwähnenswert. Die Baufirma *Impregilo (Fiat-Gruppe)* bewirbt sich darüber hinaus für den Auftrag zur Errichtung eines Damms am Gelben Fluß mit einem Auftragswert von 2,5 Mrd. DM. Auf Aufträge beim geplanten U-Bahn-Bau in Kanton hofft das Konsortium *Metropolitano Milano*. (XNA, 15.,18.11.91NfA, 8.11.91)

Im Anschluß an den Besuch des italienischen Wirtschaftsministers *Vito Lattanzio* am 21.11.91 wurde ein neuer sino-italienischer Joint Venture-Vertrag unterzeichnet. Die Kooperationspartner sind die italienische Firma *Italtel*, Italiens größter Produzent im Telekommunikationsbereich, sowie das chinesische Unternehmen *Chongqing Communication Equipment* in der Provinz Sichuan. Das neu gegründete Joint Venture *Chongqing Italtel Communication Equipment Ltd.* wird im Rahmen eines auf elf Jahre befristeten Vertrages Telekommunikationsausrüstungen herstellen, die in erster Linie für den inländischen Markt bestimmt sind. Der Exportanteil ist lediglich auf 20% festgelegt. (SCMP, 25.11.91) -schü-

*(22)

Handelsabkommen mit Vietnam

Anfang November haben die chinesische und die vietnamesische Regierung ein Handelsabkommen und eine provisorische Regelung über den Grenzverkehr zwischen beiden Staaten abgeschlossen. In weiteren Verhandlungen wird außerdem noch die Frage der Rückzahlung vietnamesischer Altschulden aus früherer Wirtschaftshilfe in Höhe von rd. 1 Mrd. Yuan (ca. 200 Mio. US\$) sowie die Rückführung von rund 250.000 chinesischstämmigen vietnamesischen Flüchtlingen zu klären sein. Die offizielle wirtschaftliche Annäherung erfolgte im Rahmen der außenpolitischen Aussöhnung und des

damit verbundenen Besuchs des vietnamesischen Ministerpräsidenten *Vo Van Kiet* und des Parteivorsitzenden *Do Muoi* in China. (NZZ, 8.11.91)

In dem handelspolitischen Vakuum der letzten Jahre entstand ein auf privatwirtschaftliche Initiative zurückgehender reger illegaler Güteraustausch in den Grenzgebieten, der nunmehr kontrolliert werden soll. (IHT, 6.11.91)

Einem Bericht der *China Daily* vom 22.11.91 zufolge, wurde beispielsweise in der kleinen Grenzstadt *Hekou* in der Provinz *Yunnan* von vietnamesischen Geschäftsleuten ein Handelszentrum geschaffen, das durch ein breites Angebot unterschiedlichster Waren charakterisiert ist. Neben vietnamesischen kunsthandwerklichen Produkten aus Stroh und Bambus und Kleidung aus Thailand würden amerikanische Zigaretten und elektrische Öfen und Aktentaschen aus der UdSSR und osteuropäischen Ländern angeboten. Von Vietnamesen besonders begehrte chinesische Produkte seien Fahrräder, Kassettenspieler, Kleidung und Bier. Insgesamt wären bereits viele dieser Handelszentren entlang der 2.360 Kilometer langen Grenze zu Vietnam entstanden. -schü-

*(23)

Reduzierung der Importzölle angekündigt

Zum 1.1.1992 sollen die Zölle für ein breites Spektrum von Importprodukten, über Nahrungsmittel und Rohstoffe bis zu High-Tech-Gütern, gesenkt werden. Eine erhebliche Zollreduzierung betrifft eine Reihe von Nahrungsmittelimporten wie Hart-Palmöl und Maisöl, dessen Zollsätze von 50% auf 30% bzw. 20% gesenkt werden, oder beispielsweise Schokolade und andere Kakaoartikel mit einem Zollsatz von 40% gegenüber ursprünglich 70%.

Allein 60 der über rund 200 Zolltarifveränderungen beziehen sich auf Importe von Maschinen, Ausrüstungen und Teile. Der Zollsatz für bestimmte Werkzeugmaschinen beispielsweise wird von 40% auf 20% halbiert, für digitale programmkontrollierte Mainframes von 20% auf 12% und für entsprechende Teile- und Komponentenimporte von 20% auf 9%.

Im Rohstoffbereich ist eine Zollsenkung für Äthylen und Butylen von 20% auf 15%, von synthetischem Gummi von 9% auf 7,5% und von Butylgummi von 7,5% auf 6% vorgesehen. Auch die Zolltarife für eine Reihe von metallischen Produkten wie Form- und Walzstahl, Stahlröhren etc. werden Anfang nächsten Jahres niedriger als bisher sein. (SCMP, 20.11.91)

Nach Angaben von Zhou Fuji von der Staatlichen Zollbehörde soll durch die zum 1.1.92 geplante Anpassung der Zollbestimmungen an internationale Regeln sowie durch die Senkung der Zolltarife die Position Chinas bei der Aufnahme in das GATT verbessert werden. (ASWJ, 4.11.91) -schü-

*(24)

Personalmanagement und 'traditionelle chinesische Werte'

Von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wird am 20.11.91 in einem Bericht auf die Anpassung moderner Methoden des Personalmanagements unter dem Druck der chinesischen Realität eingegangen.

So habe beispielsweise ein sino-ausländisches Joint Venture mit Indonesien und Hongkong, das in Tianjin (Nordchina) operiert, das Entlohnungssystem insoweit verändert, als größere Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten aufgebaut und eine Reihe von Dienstleistungen und Vergünstigungen abgeschafft wurden. Allerdings sei diese auch international übliche Praxis auf den Widerstand der Beschäftigten des Joint Ventures gestoßen, die daraufhin ihre Arbeitleistung vernachlässigt hätten. Weiterhin sollen ausländische Manager in einer Reihe von Joint Ventures ihre chinesischen Abteilungsleiter entlassen und neue eingestellt haben. Die Folge davon seien Chaos in der Produktion und ein Rückgang der Gewinne gewesen.

Nach Yang Zhijun, Generalmanager der Babcock & Wilcox Beijing Company Ltd., könnten ausländische Managementmethoden nicht so leicht wie Technologie angewandt werden, sondern es sei die Berücksichtigung traditioneller chinesischer Werte und Arbeitsmethoden erforderlich. Eine Kombination beider Aspekte wäre ideal, wobei der chinesische Führungsstil die Motivation der Be-

schäftigten erhöhen würde. Insgesamt müsse eine Anpassung der Managementpraktiken an die chinesischen Bedingungen erfolgen. Hierzu sei auch die Übernahme und Weiterbildung von Personal bei der Kooperation mit chinesischen Unternehmen zu zählen.

Aufgrund des engen Arbeitsmarktes und fehlender sozialer Absicherungssysteme könne der ausländische Joint Venture-Partner nicht einfach alte und unqualifizierte Arbeitskräfte entlassen. Vielmehr sollten sie bei gleichzeitiger Weiterqualifizierung beschäftigt bleiben. Außerdem müßten die Joint Ventures die Rechte der Arbeitskräfte nach Mitbestimmung respektieren und den Lebensstandard ihrer Beschäftigten verbessern.

Außerdem müsse die unterschiedliche Funktion der Gewerkschaften in China erkannt werden. Diese würden im Gegensatz zu den westlichen Ländern nicht ständig Streiks organisieren, wenn sie mit der Unternehmensleitung unzufrieden seien. Vielmehr würden sie die Rechte der Beschäftigten über vermittelnde Gespräche mit dem Management durchsetzen, die Arbeitskräfte zum Einsatz für das Unternehmen ermutigen und die Unternehmensinteressen sichern. Anfänglich habe der ausländische Kooperationspartner oft Bedenken gegenüber den chinesischen Gewerkschaften gezeigt, diese aber bald zugunsten einer Unterstützung der Gewerkschaften aufgegeben.

Insgesamt sollen die meisten der sino-ausländischen Unternehmen einem Bericht des Mofert zufolge ihr Management den 'lokalen Bedingungen in China' angepaßt haben. (XNA, 20.11.91) Ob dies tatsächlich der Fall ist, erscheint fraglich, da ja gerade die südchinesischen Küstenprovinzen und vor allem die Sonderwirtschaftszonen einen Teil ihres wirtschaftlichen Erfolges durch Nichtberücksichtigung der 'traditionellen Werte' erzielt haben. -schü-

*(25)

Ausweitung des Arbeitskräfte-Exports

Auch für die Zukunft ist ein verstärkter Export von Arbeitskräften in die südostasiatische Region vorgesehen, insbesondere auch in die Länder, die gerade mit dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft begonnen haben.

Nach Angaben des Mofert-Ministeriums sollen bereits verschiedene Vermittlungsorganisationen für Arbeitskräfte und Projektmanagement in Vietnam und Laos ihre Aktivitäten aufgenommen haben. Vietnam benötigt beispielsweise chinesische Techniker und Technologie für wichtige Projekte, die mit chinesischen Ausrüstungen und Ersatzteilen in den 60er und 70er Jahren gebaut wurden. So konnte beispielsweise die Produktionskapazität eines auf 100.000 t chemischen Düngers ausgelegten Unternehmens nur zu einem Anteil von 10.000 t in Anspruch genommen werden, da vor der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Vietnam und der VR China die notwendigen Ersatzteile fehlten. Inzwischen soll das Unternehmen wieder mit Unterstützung südchinesischer Spezialisten jährlich 40.000 t Dünger produzieren können.

Auch mit Projekten in anderen südostasiatischen Ländern wie Indonesien, Malaysia und Singapur wurde bereits begonnen. Es wird jedoch damit gerechnet, daß Hongkong mit 40.000 Beschäftigten im folgenden Jahr den größten Teil der geplanten Arbeitskräfteexporte aufnehmen wird. Die Arbeitskräfte werden im Dienstleistungssektor, vor allem in Hotels und Restaurants, im Bausektor sowie in der Bekleidungsindustrie benötigt. Ein großer Teil der neuen Arbeitskräfte wird in dem 20 Mrd. Flugplatz-Projekt in Hongkong beschäftigt werden.

Die Beschäftigung in Hongkong ist für Arbeitskräfte vom Festland bei einem relativ hohen monatlichen Verdienst von rund 800 Dollar sehr attraktiv. Vom Verdienst können die Arbeitskräfte 75% einbehalten, der Rest geht an das Arbeitskräfteunternehmen vom Festland.

In den vorangegangenen Jahren war die UdSSR der größte Markt für chinesische Arbeitskräfte. Trotz der dort erfolgten dramatischen Veränderungen werden Ende d.J. weiterhin 22.000 Arbeitskräfte dort in Projekten mit einem finanziellen Umfang von rund 1 Mrd. Dollar beschäftigt sein.

Nach Beendigung des Golf-Krieges hofft die chinesische Regierung, ihre Fachkräfte wieder in Kuwait, Saudi Arabien und dem Iran einsetzen zu können. In dieser Region waren zuvor rund 70% der gesamten im Ausland beschäftigten Arbeitskräfte konzentriert gewesen.

Nach Mofert-Angaben sollen in diesem Jahr insgesamt bereits ca. 85.000 Chinesen im Ausland arbeiten. (CD, 24.11.91) Der überwiegende Teil dieser Arbeitskräfte wird jedoch die in Südostasien derzeit bestehende Knappheit an qualifizierten Fachkräften nicht reduzieren können. Insgesamt ist der Anteil gut ausgebildeter chinesischer Manager und Techniker, die im Ausland arbeiten, noch sehr gering. -schü-

Binnenwirtschaft

*(26)

Umstrukturierung des Staatshaushalts

Nach Angaben von Wang Xingyi, Sprecher des Finanzministeriums, hat der Staatsrat eine Umstrukturierung des Staatshaushalts beschlossen. Der bisherige einheitliche Staatshaushalt wird aufgeteilt in einen regulären Haushalt und einen Investitionshaushalt (capital construction budget). Die Aufteilung des Staatshaushalts in zwei getrennte Budgets soll nach Wang die Transparenz erhöhen, eine bessere Kontrolle gewährleisten und sei in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft. Da dem regulären Haushalt Priorität eingeräumt würde, müßte der Investitionshaushalt auf die von der Regierung zusätzlich beschaffbaren Finanzmittel beschränkt werden. Die Aufteilung in zwei Haushalte erlaube außerdem die bessere Analyse der jeweiligen Budgetentwicklung. Darüber hinaus erleichtere das neue System die Verwaltung und Überwachung unterschiedlicher Haushaltstitel nach verschiedenen Kategorien.

Die neuen Budgetrichtlinien (Regulation of State Budget Management, SWB, 5.11.91), die zum 1.1.92 in Kraft treten werden, erlauben beim regulären Haushalt kein Defizit, während ein Teil des Investitionshaushalts durch in- und ausländische Kreditaufnahme finanziert werden kann. Insgesamt sieht Wang Xingyi für die nächsten Jahre jedoch keine Möglichkeit, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu gewährleisten. So sei nicht damit zu rechnen, daß die staatlichen Einnahmen aufgrund der negativen Gewinnentwick-

lung der (staatlichen) Unternehmen wesentlich gesteigert werden könnten. Gleichzeitig würden die Staatsausgaben aufgrund notwendiger Investitionen und Projekte für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung steigen und außerdem höhere in- und ausländischen Schulden getilgt werden müssen. (XNA, 14.11.91; CD, 24.11.91)

Im Hinblick auf das erwartete hohe Haushaltsdefizit in diesem Jahr forderte der Staatsrat in einem dringenden Rundschreiben Anfang November die lokalen Regierungsebenen dazu auf, ihre Einnahmen im 4.Quartal 91 zu erhöhen und die Ausgaben zu beschneiden. Obwohl sich die gesamtwirtschaftliche Situation verbessert habe, sei die Entwicklung des Staatshaushalts weiterhin sehr kritisch und durch die finanzielle Unterstützung der Überschwemmungsgebiete stark belastet. Würden die finanziellen Probleme in den nächsten Monaten nicht gelöst werden können, so wurde in dem Rundschreiben gewarnt, seien negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsreform und Entwicklung im Jahre 1992 zu befürchten. Um die geplanten Zielvorgaben zu erreichen, sollten insbesondere die vom Zentralkomitee der KPCh erlassenen Richtlinien zur weiteren Belebung der großen und mittleren Staatsbetriebe beachtet und die gesetzlichen Steuerbestimmungen stärker durchgesetzt werden. (SWB, 12.11.91).

Wang Bingqian, Finanzminister und Direktor der Führungsgruppe für den Einzug von Steuerrückständen beim Staatsrat, kündigte die Erhebung von Geldstrafen für solche Unternehmen an, die ihre Steuern nicht entrichteten; mit Beginn des kommenden Jahren sollen die Steuerabteilungen monatlich Gebühren erheben. Wang Bingqian will die Steuerrückstände der Unternehmen, die im September d.J. noch 21,34 Mrd. Yuan [rund 9 Mrd. mehr als am Anfang dieses Jahres] betragen, bis Ende des Jahres auf unter 10 Mrd. Yuan reduzieren. (XNA, 13.11.91) -schü-

*(27)

Neue Regionalplanung sieht 10 Wirtschaftsregionen vor

Die Staatliche Planungskommission hat einen Entwurf verabschiedet, der die Aufteilung Chinas in 10 Wirtschaftsregionen vorsieht. Der Plan ist

das Ergebnis von Untersuchungen des Forschungsinstituts für regionale Entwicklungspolitik, das der Planungskommission unterstellt ist.

Folgende Gebiete werden dem Entwurf entsprechend zu Wirtschaftsregionen zusammengefaßt, denen bestimmte regionalpolitische Funktionen übertragen werden:

1. Wirtschaftsregion Nordost: Diese Region wird durch die Provinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning sowie den östlichen Teil der Inneren Mongolei gebildet. Da dieses Gebiet durch eine reiche Ausstattung an natürlichen Ressourcen und fruchtbaren Anbauböden charakterisiert ist, soll es sowohl zur größten schwerindustriellen Basis als auch zur Basis für Ackerbau, Forstwirtschaft und Viehzucht entwickelt werden.
2. Wirtschaftsregion Nord: Zu dieser Region zählen das Gebiet des Bohai-Meeres sowie die zwei Großstädte Beijing und Tianjin und die Provinzen Hebei und Shandong. Dieses Gebiet wird als 'Herz' Chinas betrachtet und bietet eine Fülle von Talenten und modernen Ausrüstungen, so daß in dieser Region intelligente und technologieintensive Industrien entwickelt werden sollen. Unter Berücksichtigungen ihrer besonderen Ausstattungen sind die Küstengebiete in Shandong und Hebei zu Zentren für Hochseefischerei, Aquakultur und Baumwollproduktion zu entwickeln.
3. Wirtschaftsregion Yangtze-Delta: Diese Region umfaßt Shanghai und die zwei Provinzen Jiangsu und Zhejiang. Für diese Region sind eine hohe Bevölkerungsdichte, vergleichsweise besser qualifizierte Arbeitskräfte und eine entwickelte Verarbeitungsindustrie charakteristisch, so daß hier High-Tech-Verarbeitungsindustrien entwickelt werden sollen. Diese Region wird das größte wirtschaftliche Kerngebiet sowie eine gegenüber dem Ausland offene Basis und ein Ausbildungszentrum für Arbeitskräfte und ein Informationszentrum für Handel und Finanzen sein.